BE

BERN AKTUELL

Jahrgang 32 Ausgabe 235
September/Oktober 2021

Beilage: Abo-Rechnung und Gönnerbeitrag 2021

Die Schweizerische Vereinigung Bern Aktiv schreibt, was andere über Bern und die Schweiz nicht berichten (dürfen).

AZB / P.P. 3018 Bern

Seit 32 Jahren für SIE im Einsatz! NEWS aus Bundesbern und der ganzen Schweiz

Gedanken zum Stadt-Land-Konflikt

Von
Thomas Matter,
Nationalrat,
Meilen ZH

Seit der Präsident der SVP, Marco Chiesa, in seiner 1. August Ansprache die Luxus-Sozialisten in den Städten zum Thema gemacht hat, spricht man in der Schweiz intensiv vom Stadt-Land-Konflikt. Es ist höchste Zeit, das Thema anzusprechen. Lesen Sie hierzu meinen Kommentar.

Das Thema Stadt/Land wirft gegenwärtig hohe Wellen. Die SVP macht die Besserwisser-Linken und die Bevormundungs-Grünen zum Thema. Damit wir uns richtig verstehen: Es gibt auch in den Städten fleissige Büezer und Bürger, die mit harter Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen und Eigenverantwortung wahrnehmen. Gerade sie stossen sich auch daran, dass die städtische Linke den Bewohnern vom Land vorschreiben will, wie sie zu denken, zu leben und zu wohnen haben und mit welchem Verkehrsmittel sie sich fortbewegen dürfen.

Die Rot-Grünen in den Städten leisten sich Dinge, die sich das Land nicht leisten kann. Wir haben festgestellt, dass zum Beispiel im Kanton Zürich das Land inkl. Agglomeration jährlich über 1 Milliarde Franken zuviel an die Städte zahlt. Und das Jahr für Jahr. Die städtischen Luxus-Sozialisten können ja tun, was sie wollen – aber sie sollen ihren Luxus selber bezahlen!
Und was machen die rot-grünen Mehrheiten in den Städten mit dem Geld? Die Stadtzürcher buttern 200 Millionen in alternative Energien. Sie bauen einen Velotunnel unter dem Hauptbahnhof für 28 Millionen. Sie zahlen 63,5 Millionen für Velo-Infrastruktur. 15,2 Millionen kosten die Velo-Stationen am Bahnhof Stadelhofen. Sie wollen die Stadt autofrei machen, überall 30er-Zonen einrichten, Strassen sperren und Parkplätze aufheben. Und trotzdem bekommen sie weiterhin 400 Millionen Zentrumslastenausgleich!

Des Weiteren haben die linken Stadt-Regenten auch einen Haufen Geld für ihre Genossen. Der freiwillig zurückgetretene SP-Schulpräsident Roberto Rodriguez kassiert im 55. Altersjahr nach elf Jahren eine Abfindung von 650’000 Franken. Das ist das Zehnfache an Jahresgehalt eines normalen Büezers.

Ich möchte klar festhalten, dass wir ausschliesslich die rot-grüne dekadente, Besserwisser- und Bevormundungspolitik in den grossen Städten angreifen. Die SVP wird in Zukunft den Luxus-Sozialismus auf Kosten der städtischen Büezer und auf Kosten der Agglo- und Landbevölkerung nicht länger kampflos hinnehmen. Oder anders gesagt: Die rot-grünen Politiker in den Städten müssen sich in Zukunft trotz Klimawandel wärmer anziehen.

INHALT

1 Gedanken zum Stadt-Land-Konflikt
2 «Wir benötigen mehr eigene Stromproduktionskapazitäten»
3 Klare Absage an Grossbern
4 6’750 Franken pro Haushalt für die Umstellung auf Sommerzeit?
Nein zur Schliessung des Friedhofs in Bümpliz
5 Pikom News
6 Aktuelles aus dem Stadtrat
7 Berner lieben Lübeck!
Unsere Schlafhymne
8 Cannabis-Freigabe: Ein politischer Irrweg!

«Wir benötigen mehr eigene Stromproduktionskapazitäten»

Interview über die Gefahren für die Schweiz, wenn sie vom EU-Strombinnenmarkt abgehängt wird.

Von Dr. Patrick Dümmler, avenir suisse

Für Patrick Dümmler, Senior Fellow und Forschungsleiter Offene Schweiz, ist klar: Die Schweiz muss mehr eigenen Strom produzieren, um weniger von Stromimporten abhängig zu sein. Und: Langwierige Bewilligungsverfahren für erneuerbare Energien könne sich die Schweiz künftig nicht mehr leisten, wie er im Gespräch mit Energate sagt.

Energate: *Herr Dümmler, die Eidgenössische Elektrizitätskommission (Elcom) geht davon aus, dass das Stromabkommen nach dem gescheiterten Rahmenabkommen für die nächsten Jahre vom Tisch ist. Kann es überhaupt im Sinne der EU sein, in diesem Bereich kein Abkommen mit der Schweiz zu schliessen? Der europäische Strom fliesst ja auch durch die Schweiz.*

Patrick Dümmler: Nun, man muss anerkennen, wer am längeren Hebel sitzt: Im sich immer weiter integrierenden EU-Strombinnenmarkt können sich die einzelnen Staaten gegenseitig aushelfen bei Engpässen. Die Schweiz riskiert aufgrund der EU-Regelung zusehends, abgehängt zu werden. Denn spätestens ab 2025 müssen im Minimum 70 Prozent der grenzüberschreitenden Kapazitäten für den Handel zwischen EU-Mitgliedstaaten reserviert sein.

Dies hat Folgen für unsere Stromversorgung. Es ist paradox: Mit 41 Grenzkoppelstellen ist die Schweiz wie kaum ein anderes Land aufs Engste physisch mit dem kontinentaleuropäischen Netz verbunden, gleichzeitig reisst auf politischer Ebene die Verbindung ab. Natürlich verlieren letztlich bei keiner Einigung beide Seiten, doch den Verlust der Schweiz schätze ich als höher ein.

Sie schreiben in Ihrem Blog, die Schweiz solle ihre eigenen Stromproduktionskapazitäten ausweiten. Wie und in welchen Bereichen soll die Schweiz das tun?

Wir benötigen mehr eigene Stromproduktionskapazitäten, nicht nur aufgrund des erschwerten Verhältnisses zur EU, sondern auch weil wir weitere Teile der Wirtschaft – denken wir beispielsweise an die Mobilität oder die Wärmegewinnung – elektrifizieren wollen. Ein Ausbau könnte stattfinden bei den Wasserkraftwerken, der Rückgang der Gletscher schafft dafür neue Möglichkeiten. Ein Beispiel ist das Projekt eines Speichersees mit Kraftwerk beim Triftgletscher. Zusätzlich sind die Möglichkeiten der neuen Erneuerbaren zu nutzen und zu prüfen, ob wir für Belastungsspitzen – vor allem im Winterhalbjahr — nicht Gaskraftwerke benötigen.

Sie schreiben auch, die Bewilligungsverfahren müssten revidiert werden. Heisst das, es soll künftig weniger Einsprachemöglichkeiten geben?

Ja. Nehmen Sie das Hin und Her im langwierigen Bewilligungsverfahren für die Erhöhung der Grimsel-Staumauer. Wir werden uns so lange Verfahren in sehr naher Zukunft nicht mehr leisten können. Erstens weil es mögliche Investoren abschreckt, zweitens weil wir rasch mehr Elektrizität benötigen. Ohne Rahmen- und damit Stromabkommen ist der Druck auf eine Beschleunigung der Bewilligungsverfahren gestiegen.

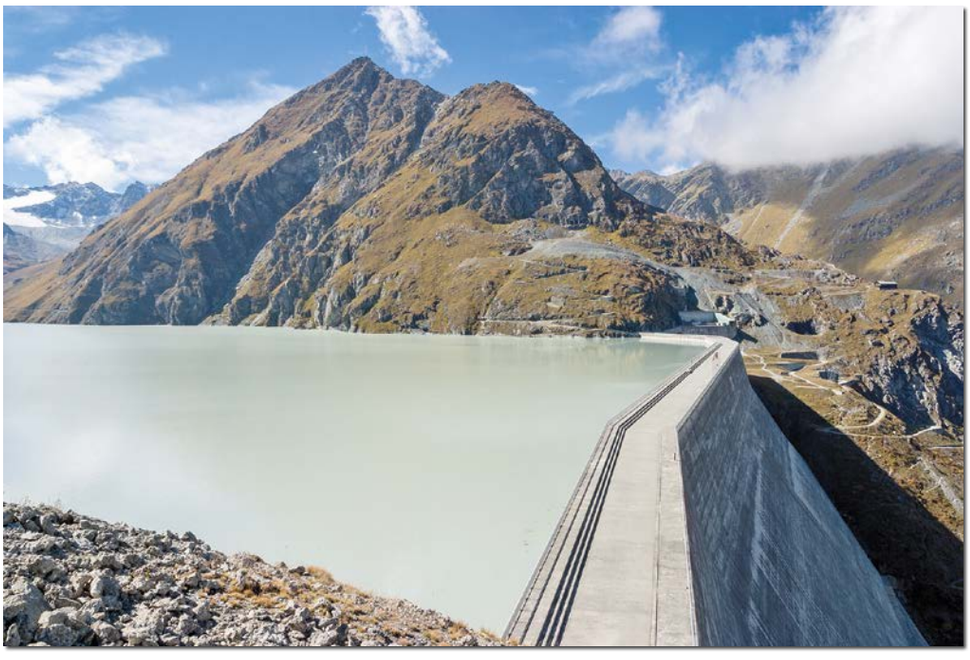
Es ist stets ein Abwägen zwischen Natur- und Landschaftsschutz und den Anforderungen an eine Schweiz ohne fossile Energieträger. Die Schweiz wird ohne das Stromabkommen ihre Produktionskapazitäten stärker ausbauen müssen, weil wir uns weniger auf Stromimporte werden verlassen können.

Sie haben dafür plädiert, den Strommarkt vollständig zu öffnen und die Hürden für ausländische Investitionen in die Energieversorgung abzubauen. Wäre das nicht das falsche Signal ans europäische Ausland, zumal Schweizer Unternehmen ja aus dem Markt gedrängt werden, wie Sie geschrieben haben?

Wir müssen für Investoren in die Energieproduktion attraktiver werden – egal ob sie aus dem In- oder Ausland kommen. Zurzeit gehören die Hürden für ausländische Investitionen in die Energieversorgung der Schweiz seit Jahren zu den umfangreichsten unter den OECD-Ländern. Wir sollten nicht auf Nationalismen setzen, sondern etwas für eine sichere und zuverlässige Stromversorgung in der Schweiz tun.

Neben der Strommarktöffnung: Welche Schritte würden Sie der Schweiz im Umgang mit der EU empfehlen?

Wir müssen versuchen, auf technischer, später auch auf politischer Ebene Abkommen zu schliessen, die die Zusammenarbeit verbessern und den Marktzugang sicherstellen. In der Verantwortung ist der Bundesrat. Er hat entschieden, den bilateralen Weg nicht weiterzuentwickeln, was einer Sistierung und letztlich einer Erosion gleichkommt. Er steht nun in der Pflicht, eine ökonomisch gleichwertige Alternative aufzuzeigen. Bislang habe ich davon aber nichts gesehen oder gehört. Es wird für die Schweiz definitiv nicht einfacher werden.



Stausee Grande-Dixence. Bild Wikipedia, Roland Zumbuehl

IMPRESSUM

Herausgeberin
Vereinigung BERNAKTIV, Postfach 3150, 3001 Bern
Telefon 031 398 42 04, Telefax 031 981 41 61
Postcheck 30-22011-6
E-Mail: redaktion@bernaktuell.ch – www.bernaktuell.ch

Verantwortliche Redaktion
Stadtrat, aNationalrat und aGrossrat Thomas Fuchs; aNationalrat Bernhard Hess; Nationalrat und Stadtrat Erich J. Hess; Rechtsanwalt, Grossrat und Stadtrat Dr. iur. Patrick Freudiger; Stadtrat Janosch Weyermann, Bern

6–10 Ausgaben pro Jahr – Auflage 5'000 bis 25'000 Expl.

Layout: Peter Hofstetter, Lurtigen

Druck: DZB, Druckzentrum Bern AG

Klare Absage an Grossbern

Die Grossmachtsträume von Berns Stadtpräsident Alec von Graffenried sind geplatzt: Kehrsatz und Frauenkappelen sagen in einer Urnenabstimmung klar Nein zum Projekt «Kooperation Bern».

Thomas Fuchs, Parteipräsident, alt Nationalrat und alt Grossrat, Stadtrat

In Bern und Ostermundigen sprachen sich Ende 2020 die beiden rot-grün dominierten Parlamente sehr deutlich für die Aufnahme von Fusionsverhandlungen im Rahmen des Projekts «Kooperation Bern» aus. Als Grundlage diente eine Machbarkeitsstudie, an der sich die sechs Gemeinden Bern, Bolligen, Bremgarten, Kehrsatz, Frauenkappelen und Ostermundigen beteiligen sollten. Bremgarten und Bolligen sind inzwischen ausgestiegen. In Kehrsatz und Frauenkappelen entscheiden die Stimmberechtigten im März 2021, ob sie weiter mitmachen und ebenfalls in Fusionsverhandlungen einsteigen sollen

Ironischerweise hat die Projektleitung alle Gemeinden der Kernregion zeitgleich nochmals eingeladen, sich bis Ende März dem Grossprojekt anzuschliessen. Danach wird das Zeitfenster geschlossen, damit der ehrgeizige Projektfahrplan eingehalten werden kann. Bereits laufen auch die Vorarbeiten für die nächste Phase. Dabei werden Zeitpläne erstellt, Organisationsformen diskutiert und Arbeitsprogramme skizziert. Die ganze Vorbereitungsphase erinnert an ein ambitiöses Sandkastenspiel.

Ende 2022 sollen dann der Fusionsvertrag und das Reglement vorliegen, damit im Juni 2023 die Frage eines Zusammenschlusses in den betroffenen Gemeinden zur Abstimmung gebracht werden kann. Sofern die Fusion im Juni 2023 angenommen wird, erfolgt die Umsetzung auf den1. Januar 2025.

Kehrsatz sagt Nein

Als erste der beiden noch unentschiedenen Gemeinden beschloss am 7. März 2021 Kehrsatz über die Aufnahme von Fusionsverhandlungen. Der Gemeinderat empfahl ein Nein. Es fehlen im Projekt weitere Vorortsgemeinden, argumentiert er in seiner Botschaft. Ebenso führt der Gemeinderat einen möglichen Verlust an Autonomie und Bürgernähe und die aktuell angespannte Finanzlage ins Feld. Die beiden bürgerlichen Parteien FDP und SVP teilen diese Haltung, SP und Grüne setzen sich für Fusionsverhandlungen ein.

Kehrsatz
Abstimmung vom 7. März 2021
Gegen Fusion: 1'145 Nein
Für Fusion: 368 Ja
Stimmbeteiligung: 57,6 Prozent

Frauenkappelen ebenfalls

Auch in Frauenkappelen, wo die Abstimmung eine Woche später stattfand, sprach sich der Gemeinderat für ein Nein aus. Noch könne die Gemeinde ihre öffentlichen Ämter besetzen, die Finanzlage sei nicht rosig, aber auch nicht beängstigend, zudem habe die Gemeinde funktionierende Zusammenarbeiten mit Nachbargemeinden. Die Rückmeldungen aus der Bevölkerung hätten gezeigt, dass Frauenkappelen nicht reif sei für solche Verhandlungen. Während die SVP diese Haltung unterstützt, setzen sich die SP und die FDP für ein Ja ein.

Frauenkappelen
Abstimmung vom 14. März 2021
Gegen Fusion: 568 Nein
Für Fusion: 98 Ja
Stimmbeteiligung: 69 Prozent

Verhärtete Fronten…

In beiden Gemeinden hatte sich im Hinblick auf die Abstimmung eine lebhafte öffentliche Debatte entwickelt. Es geht dabei auch um die Frage, ob Kehrsatz und Frauenkappelen eher dörflich bleiben oder Teil der Stadt werden wollen. Befürworterinnen und Befürworter machen unter anderem geltend, dass eine Fusion sich positiv auf die Qualität der Dienstleistungen auswirken würde und finanzielle Vorteile brächte. Ausserdem sei die Stadt für Viele schon heute der Lebensmittelpunkt.

… in Kehrsatz

Auf der anderen Seite stellte der Kehrsatzer SVP-Parteipräsident Hans Rudolf Mühlemann fest: «Wenn es zu einer Fusion mit der Stadt Bern kommt, verlieren die bürgerlichen Parteien von Kehrsatz ihren politischen Einfluss. Kehrsatz hätte gerade mal zwei oder drei Sitze

im Stadtrat. So rot-grün wie Bern tickt, hätten die SVP- und FDP-Politiker aus unserem Dorf kaum mehr Chancen auf einen Sitz. Was uns auch Sorgen macht, ist die rot-grüne Verkehrspolitik der Stadt. Mit einer Fusion würden die Parkplatzbewirtschaftung und andere Rezepte auf Kehrsatz ausgedehnt. Als Turnvereinsleiter habe ich zudem Angst um unser Vereinswesen, das von der Nähe lebt und von unbürokratischer Unterstützung der Gemeinde. Eine Fusion mit der Stadt Bern kann schon wegen dem Grössenunterschied nicht gut gehen. Kehrsatz würde einfach geschluckt.»

Unterstützung erhielt Mühlemann von Michael Jost, Präsident FDP: «Mit dem Rückzug von Bolligen und Bremgarten aus dem Fusionsabklärungsprojekt hat sich für uns die Ausgangslage geändert: Kehrsatz würde als einzige «kleine»

Gemeinde am Verhandlungstisch mit der Stadt Bern und Ostermundigen sitzen, eventuell gesellt sich noch Frauenkappelen dazu. Da ist die Gefahr gross, dass wir von den beiden Schwergewichten dominiert werden. Dazu kommt die angespannte Finanzlage von Kehrsatz. Die Fusionsverhandlungen würden uns 190'000 Franken kosten, Geld das wir dringend für andere Projekte brauchen. Die FDP Kehrsatz ist offen für Kooperationen und verschliesst sich dem Thema Fusion nicht grundsätzlich. Jetzt ist aber nicht der richtige Zeitpunkt für Verhandlungen.»

… und auch in Frauenkappelen

Auch in Frauenkappelen positionierte sich SVP-Präsident Fritz Blaser, klar gegen die ambitionierten Fusionspläne: «Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Frauenkappelen verlieren bei einem Zusammenschluss einen grossen Teil ihrer Souveränität. Frauenkappelen würde zu einem Aussenquartier der Stadt Bern. Mitbestimmung wäre nur noch als Quartierverein möglich. Frauenkappelen will noch selber über seine Schulen, über die Raumplanung und die Versorgung und Entsorgungen bestimmen. Mit der Politik der Stadt Bern sind wir nicht einverstanden. Die Finanzlage der Stadt Bern verschlechterte sich in den letzten vier Jahren so stark, dass die finanziellen Konsequenzen bei einem Zusammenschluss heute unklar sind.»

Nun ist klar: Der Traum von Grossbern ist für die nächsten Jahre geplatzt. Von der möglichen Fusion der Stadt mit fünf umliegenden Gemeinden bleibt einzig die Fusion mit Ostermundigen übrig. Nach Bolligen und Bremgarten haben sich nun auch Kehrsatz und Frauenkappelen zurückgezogen. Bern und Ostermundigen wollen nun in den nächsten beiden Jahren einen Vertrag aushandeln, der detailliert regeln wird, wie das Zusammenleben nach der Heirat funktionieren soll. Darüber wird die Stimmbevölkerung von Bern und Ostermundigen im Juni 2023 befinden. Die SVP werden auch diese unnötige und kostspielige Restfusion an der Urnenabstimmung bekämpfen.

6'750 Franken pro Haushalt für die Umstellung auf Sommerzeit?

Von Dr. rer. publ. HSG Roland Burkhard, Bern

Nun war's wieder einmal soweit. Am 28.3. kam die diktatorisch verordnete Sommerzeit. Ich musste meine Uhr um eine Stunde vorwärts stellen: um eine Stunde, die damit einfach so im Nichts verschwand. Damit wird mir eine Stunde gestohlen, und das 6 Monate lang, bis ich sie dann endlich im Herbst durch die Umstellung auf die Winterzeit zähneknirschend wieder zurück erhalte.

Eine Stunde ist nicht viel. Aber die Umstellung gilt ja für jeden Tag bis im Herbst, also für rund ein halbes Jahr. Das sind, grob gerechnet, 180 Tage, in denen ich um eine Stunde betrogen werde. Das sind somit 180 Stunden, die ich unserem Staat – der die Zeitumstellung ja verordnet hat – so quasi schenke. Da habe ich mich gefragt, ob es denn richtig sei, dies gratis zu tun. Wäre ich Sozi oder Gewerkschaftler, würde ich dafür schleunigst eine Lohnausfallentschädigung von 180 Stunden x Fr. 37.50 (Mindestlohn pro Stunde) einfordern, das wären immerhin 6'750 Franken.

Ich bin nicht Sozi oder Gewerkschaftler, deshalb bleibe ich mit meinen Forderungen bescheidener. Ich finde aber doch, dass zumindest ein Franken pro verlorene Stunde, also 180 Franken staatliche Entschädigung, durchaus angebracht wären.

Sollte mir der verordnende Staat beweisen können, dass die halbjährigen Zeitumstellungen irgendjemandem etwas bringen und nicht nur Kosten und unnötige Umtriebe verursachen, wäre ich sogar bereit, ganz auf meine Entschädigungsansprüche zu verzichten.

Neufassung des Songtexts von Mani Matters Lied «I ha en Uhr erfunde, wo gäng nach zwone Stunde blybt stah»

Mä hett en Uhr erfunde
wo geng nach zwölf monate
ne Stund so lang blybt stah,
u de nach sächs monate
ne Stund vorwärts tuet gah;
Aha

Dir gseht vilicht nid y
was ds praktische söll sy
da dra

I will nechs säge,
es isch verwäge:
Geng we my Uhr blybt stah
oder muess vorwärts gah
mahnts dra, dass mä si ja
derzue erfunde hett
zum Wächsel vo dr Zyt

Mä hett en Uhr erfunde
zum Wächsel vo nr Stund,
doch das tuet gar nid fäge
will's mega ugsund isch

Doch isch'me schuurig stolz druf
uf d'Uhr wo wächslet d'Zyt,
denn s'gitt em Blödsinn Schnuuf
doch füehre tuet's nid wyt.

Leserbrief

Nein zur Schliessung des Friedhofs in Bümpliz

Geit's no? Bümpliz, Bethlehem und Bottigen ohni Friedhof?
Bärn muess spare. Aber doch nicht so. Mit dem Ygspaarte söll Bümpliz ändlich zum ne Park cho. So b'schlosse vom Stadtrat.
Mit myne 95gi bin i nüm so standfest, doch dank am gäbige Rollator isch's mer müglech d Natur no chly z'gniesse. Mir hei ja ir Nechi viil Müglechkeite: Scho mal dr Fridhof, dr Wassergrabe bim Schloss, dr Park vom Neue Schloss, dr Park vom Fellerstock. Ds Bachmätteli, ds Winterhäli, d Grüenaalag ar Mühledorfstrass 1 stöh allne zur Verfüegig. O im Tscharni het's viiil Grüen, sogar no ne Tierpark.
Was i da bi myne Spaziergäng so beobachte, halten i schriftlech i myne «Gedanke» fescht u zwar so, wi mir de Schnabu gwachse isch: Uf Bärndütsch. Tue doch das id «Bümpliz Wuche», wird mer grate. Werum eigetlech nid? I la dr Redaktion zwe, drei «Gedanke» zuecho. D Antwort: «Berndeutsch ist eine Sprache, die niemand lesen kann. Solche Beiträge werden nicht publiziert». Punktum, fertig.
Werum i eigetlech grad Dir die Gschicht vorjammere, weis i nid; aber i has eifach müesse los wärde.

Irene Hellstern-Haymoz, 3018 Bern

PIKOM
PARTEIUNABHÄNGIGES INFORMATIONSKOMITEE

NEWS

Die erste Schlacht ist gewonnen, der Krieg aber noch nicht

Der Bundesrat hat erfreulicherweise die Verhandlungen zum Rahmenabkommen Schweiz-EU abgebrochen. Es ist auch bemerkenswert, wie in der öffentlichen Diskussion die Souveränitätsfrage in den letzten Monaten zu einem dominanten Thema wurde. Die Schlacht ist also gewonnen, aber der Krieg keinesfalls!

Warum? Weil die institutionellen Souveränitätsfragen nach wie vor auf dem Tisch sind. Der Bundesrat hat den Vertrag aus anderen Gründen abgelehnt. Einen Antrag, für die Schweiz auf eine institutionelle Anbindung an die EU grundsätzlich zu verzichten, hat der Bundesrat in einer internen Abstimmung sogar ausdrücklich abgelehnt. Das bedeutet: EU-Rechtsübernahme, EU-Richter, EU-Sanktionen und EU-Guillotinen sind für eine Mehrheit der Regierung und die Parteien nach wie vor aktuell und eine mögliche Perspektive.

Der Zweck des EU-No-Komitees besteht darin, eine solche institutionelle Anbindung zwingend zu verhindern. Denn sie würde die Staats- und Erfolgssäulen der Schweiz zerstören: Unabhängigkeit, direkte Demokratie und die Eigenständigkeit der Kantone. Auch die bewährte Neutralität würde durch eine institutionelle EU-Anbindung beseitigt.

Wir müssen deshalb wachsam bleiben und die Entwicklungen genau beobachten. Es gibt bereits Anzeichen, dass sich die Mitte-Links-Parteien zusammen mit den Wirtschaftsverbänden und allenfalls mit den Gewerkschaften formieren und den Ausverkauf der direkten Demokratie der Schweiz schon bald unter anderem Namen und mit anderen Mitteln erneut vorantreiben werden.

So sind natürlich auch die wenig verbliebenden EU-Befürworter in den Startlöchern, die Schweiz direkt oder schleichend in die EU zu manövrieren. Zu guter Letzt wird auch die EU die Forderung der Rechtsvereinheitlichung und gerichtlichen Kontrolle wieder bringen. Es droht also die Gefahr, dass alter Wein in neuen Schläuchen aufbereitet wird.

Es gilt, weiterhin die schweizerische Souveränität, die Volksrechte und unsere Staatssäulen zu verteidigen. Es darf niemals eine automatische Rechtsübernahme, eine Unterstellung unter fremde Richter und auch keine fremden Guillotinen geben. Erst wenn die Regierung eine institutionelle Bindung ein für alle Mal zurückweist und in diesem Punkt unmissverständlich Klarheit schafft, wird der Auftrag unseres Komitees erfüllt sein.

Komitee Nein zum schleichenden EU-Beitritt sowie das Parteiunabhängige Informationskomitee PIKOM

Schweizer Millionen für den Vatikanstaat

Im gerade einmal 0,44 Quadratkilometer kleinen Vatikanstaat können wehrpflichtige Schweizer seit nun mehr über 500 Jahren frei von Strafverfolgung dem Papst dienen. Den Unterhalt der päpstlichen Leibgarde bestreitet seit jeher der Kirchenstaat alleine. Nun möchte der Vatikanstaat für die Schweizergarde zwar eine neue Kaserne bauen lassen, dieser aber trotz scheinbar endloser Mittel nicht selber finanzieren. Dies obwohl der Kleinstaat finanziell so gut da steht, wie kaum ein anderer. Er ist schuldenfrei, verfügt über ein Jahresbudget von rund 400 Millionen Franken, kann eine Bank sein Eigen nennen, und seine Aktien- und Immobilienanlagen belaufen sich auf einen Schätzwert von ungefähr zwölf Milliarden Franken. Ganz zu schweigen von den Vermögen der katholischen Landeskirchen. Die Kosten von 50 Millionen Franken für den Bau der neuen Kaserne soll aber trotzdem die Schweizer «Kasernenstiftung» übernehmen, welche momentan auf schweizweiter Betteltour bei den Kantonen ist. 13 Kantone haben bereits ihre finanzielle Unterstützung zugesichert. Auch der Bund soll sich mit insgesamt 5 Millionen Franken beteiligen. Der Bund und die Hälfte der Kantone sprechen also öffentliche Gelder für Infrastrukturausgaben eines fremden und dazu noch sehr reichen Staates. Von daher bleibt nur zu hoffen, dass die noch verbleibenden Kantone sich den wichtigsten Grundsatz der Schweizer Aussenpolitik in Erinnerung rufen, nämlich den der immerwährenden Neutralität gegenüber anderen Staaten.

Kopftuchverbot am Arbeitsplatz

Arbeitgeber in der Europäischen Union dürfen muslimischen Mitarbeiterinnen das Tragen von Kopftüchern verbieten. Das Verbot des Tragens jeder sichtbaren Ausdrucksform politischer, weltanschaulicher oder religiöser Überzeugungen könne durch das Bedürfnis des Arbeitgebers gerechtfertigt sein, gegenüber den Kunden ein Bild der Neutralität zu vermitteln oder soziale Konflikte zu vermeiden, urteilte der Europäische Gerichtshof.

Polnisches Recht statt fremde Richter

In den vergangenen Jahren gab es in Polen einige Justizreformen. Seither hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in mehreren Urteilen festgehalten, dass diese Reformen EU-Recht verletzen. Das letzte Urteil betrifft die dem obersten polnischen Gericht als Aufpasser beiseitegestellte und von der Regierung kontrollierte «Disziplinarkammer». Sie kann die Immunität sämtlicher Richter und Staatsanwälte im Land aufheben und sie entlassen. Der EuGH kommt zum Schluss, dass diese Kontrolle die Unabhängigkeit der Justiz gefährde. Die Disziplinarkammer müsse ihre Arbeit per sofort einstellen. Doch in Polen denkt man nicht daran, den Anweisungen aus Luxemburg Folge zu leisten. Die Antwort des polnischen Verfassungsgerichts lautete, das EuGH-Urteil zum «System, den Prinzipien und Abläufen» der polnischen Gerichte stünden «nicht im Einklang» mit der polnischen Verfassung. Der EU-Richterspruch habe keine Geltung und sei zu missachten, so die polnischen Verfassungsrichter. Kurz gesagt macht die polnische Regierung im Prinzip also nichts anderes, als das Anliegen der vom Schweizer Stimmvolk verworfenen Selbstbestimmungsinitiative der SVP umzusetzen.

Kaspar Villiger mit Freiheits-Preis geehrt

Die Pierre Bonny Stiftung für die Freiheit hat Alt-Bundesrat Kaspar Villiger (FDP) den Freiheitspreis 2021 verliehen. Als Bundesrat sei Villiger stets für marktwirtschaftliche Lösungen, Selbstverantwortung der Menschen und das Leistungsprinzip eingestanden. Und immer, wenn mehrere Lösungen möglich gewesen seien, habe er sich für die freiheitlichste eingesetzt. Mit solchen Worten geehrt zu werden, davon kann die heutige FDP-Führungsspitze rund um Petra Gössi nach ihrer Unterstützung zum kürzlich vor dem Volk gescheiterten CO_2-Gesetz nur träumen. Bleibt zu hoffen, dass der designierte FDP-Präsident Thierry Burkhart das freiheitliche Feuer der FDP wieder zum Leben erwecken kann, wie damals als der Slogan der FDP noch lautete: «Mehr Freiheit, weniger Staat».

Sind Sie schon Mitglied?

PIKOM

Treten Sie dem PIKOM bei, welches sich zum Ziel gesetzt hat, die Öffentlichkeit über die wahren Fakten und Entwicklungen im Bereich der Ausländerpolitik zu informieren. Der jährliche Beitrag beträgt Fr. 65.–.

☐ **Ich will Mitglied werden**

☐ **Senden Sie mir weitere Informationen zu**

Name:

Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ: Ort:

Telefon:

E-Mail:

Einsenden an: PIKOM, 5000 Aarau – Fax 031 981 41 61 **www.pikom.ch**

Aktuelles aus dem Stadtrat

Von
Alexander Feuz,
Rechtsanwalt,
Grossrat und
Stadtrat,
Fraktionschef
Stadtrat

Im Anschluss an die letzte Stadtratssitzung vor den Sommerferien wurde mir als Fraktionschef von einer Vertreterin der SP vorwurfsvoll die Frage gestellt, wieso wir immer noch viele Anträge und Vorstösse einreichen, wenn wir doch wissen, dass wir dabei fast immer chancenlos seien. Im Sinne der Demokratie und der Effizienz sollen wir in Zukunft doch nur noch mehrheitsfähige Anträge einreichen.

Ich nehme diesen Ball gerne auf, um im Rahmen meines Artikels, Sie über die Politik im Stadtrat zu orientieren und aufzuzeigen, welche Ziele wir erreicht haben und wo wir keinen Erfolg hatten.

1. Es ist leider so, dass wir fast im Rat fast immer alleine stehen. Die städtische FDP unter der neuen Fraktionsführung Tom Bergers und Vivianne Esseivas rückte stark nach links und «arriviert» wohl bald noch zu einer wertvollen Stütze von RGM! Dies nicht nur bei der seit Jahren geleisteten wohlwollenden Unterstützung der Reithalle und deren Tolerierung, sondern zusehends auch im Bereich der Steuern, wo die FDP neu auch Forderungen auf bescheidene Senkungen nicht mehr mittragen will und der Wirtschaftspolitik:

So lehnte die städtische FDP im Gegensatz zur Fraktion der Mitte und dem Grossteil der GLP den Nichteintretensantrag der SVP und Mitte zur neuen Bauordnung in der Altstadt ab. Sie unterstützt damit den vorgesehenen Eingriff in die Eigentumsgarantie und Wirtschaftsfreiheit. Ich hoffe, dass die FDP zumindest in der 2. Lesung ihren Standpunkt korrigiert.

Auch bei den Zwischennutzungen und beim Lärmreglement stimmte die städtische FDP mit RGM und scheint die Eigentümer feindlichen Lösungen zu akzeptieren. Wohin die falsch verstandene Tolerierung weiterer rechtsfreier Räume hinführt, zeigt die Zwischennutzung der Weissensteinstrasse 4 in Bern (besetzte ehemalige Schreinerei); hier fand in der Nacht vom 14.8. auf den 15.8.2021 eine ausufernde Party statt. Bis morgens um 07.00 wurden die Nachbarn massiv gestört. Der Nachtlärm war extrem.

Die um 23.00 alarmierte Polizei griff offenbar nicht ein und liess die Party gewähren. Ein Privater, der falsch parkiert, die Nachtruhe stört oder gar den Kehricht zu früh rausstellt, darf in den wenigsten Fällen mit der Nachsicht der Gesetzeshüter rechnen. Der Fluch der bösen Tat zeigt sich einmal mehr: Die betroffenen Nachbarn profitieren jedenfalls nicht von der vom Stadtpräsidenten Alec von Graffenried und Herrn Gemeinderat Aebersold jedenfalls so hoch besungenen «win-win Situation» sondern leiden unter der unerträglichen Situation.

Zur völligen Überraschung und meinem Befremden nahm die FDP zusätzlich aber auch den Jahresbericht des Gemeinderates geschlossen positiv zur Kenntnis und stellte dem Gemeinderat damit einen Persilschein aus. Die lapidare Begründung der jungfreisinngen Florence Schmid: «Die Zahlen stimmen!»

Die Zahlen «stimmen» auch bei einer Firma, die völlig unsinnige teure Anschaffungen vornimmt und unverständliche Ausgaben tätigt, aber dabei alles richtig verbucht! Einem solchen Verwaltungsrat erteilt man doch sicher keine Decharge!

Der Umstand, dass wir wegen der frivolen Verteilpolitik und der fehlenden Priorisierung des Gemeinderates nun riskieren, vom Kanton eine Steuererhöhung durchgedrückt zu erhalten, ist leider nur allzu real. Wir werden dies entschieden bekämpfen! Die bereits angekündigte Einführung der Feuerwehrdienstersatzabgabe, die massive Erhöhung der Parkkarten sowie die völlig unverständliche Schliessung des Friedhofs Bümpliz wollen wir in jedem Fall verhindern. Die geplante Feuerwehrdienstersatzabgabe ist ein Widerspruch: die Stadt Bern hat eine Berufsfeuerwehr! Auf meine Frage, wie die Stadt die möglicherweise zahlreichen Freiwilligen ausrüsten und einsetzen wollen, wurde mir geantwortet, dass kein Anspruch auf Einteilung bestehe und die Gebühr nach Vermögen und Einkommen berechnet werde. Es ist somit ersichtlich, dass es dem Gemeinderat nur darum geht, neue Gebühren bei finanziell leistungskräftigen Steuerzahlern einzuführen. Um dies einzuschränken, habe ich mit meiner Fraktion eine Motion eingereicht, die auch den nicht in Bern wohnhaften Steuerpflichtigen ermöglichen soll, eine Motion einzureichen. Wenn den Ausländern gegen unseren Willen zugestanden wurde, eine sogenannte Partizipationsmotion einzureichen (200 Unterschriften genügen), soll dieses Recht auch den auswärtigen Steuerpflichtigen zugestanden werden.

Es wäre zu hoffen, dass die Wirtschaftsverbände nun aber endlich erkennen, wer im Stadtrat noch verlässliche bürgerliche Politik macht und sie bei den nächsten Wahlen die Unterstützung entsprechend anpasst! Angesichts des Überhangs diverser FDP Vertreter in den entsprechenden Gremien habe ich allerdings meine Zweifel, ob dies tatsächlich der Fall sein wird.

Die SVP Fraktion setzte sich immer für eine klare Verzichtsplanung und Priorisierung der Aufgaben ein. Mit diversen Vorstössen und Anträgen versuchten wir die Realisierung der Velobrücke und die mit 22,4 Millionen Franken veranschlagte Sanierung des Helvetiaplatzes zu verhindern! Erst im Rahmen der Sparmassnahmen kommt der Gemeinderat auf die früher gefassten Beschlüsse zurück und stellt diese Projekte zurück. Wenn der Gemeinderat auch unsere anderen Sparanträge (wie z.B. den Verzicht auf die unterirdische Doppelturnhalle beim Kirchenfeldschulhaus umsetzen würde – Ersparnis 25 Millionen Franken – was angesichts der bereits erfolgten Klassenschliessung angezeigt wäre) und auf unnötige Ausgaben verzichten würde, wären die Finanzen wohl bald im Lot.

Dies zeigt, dass unsere konsequente vom politischen Gegner und auch von den Mitteparteien oft belächelte politische Arbeit langsam erste Früchte trägt.

Es ist die Aufgabe der SVP, sich für Ihre Wähler und Ziele mit aller Kraft trotz Gegenwind entschlossen einzusetzen! Dabei sind Niederlagen und lange Durststrecken in Kauf zu nehmen. Ein Dank und eine Anerkennung von anderen Parteien erfolgt selten, aber die Genugtuung, dass man nach Jahren der Kritik doch recht bekommt, entschädigt für vieles und rechtfertigt den grossen Aufwand. Dies war übrigens meine Antwort an die SP Stadtratskollegin, die vergeblich versuchte, mich – wie die FDP – zur wohlwollend kritischen Anpassung an die RGM Politik zu überreden.

Leserbrief

Zum Covid-Test

Tests in der Apotheke wie auch zu Hause sollen meiner Meinung nach weiter gratis abgegeben werden. Vor allem die jungen Menschen werden sonst bestraft. Sie hatten während der Corona-Zeit auf vieles verzichten müssen und auf die ältere Generation Vorsicht walten lassen. Jetzt kommen sie endlich wieder zusammen mit ihren Freunden und Kollegen, um Abende geniessen zu können.
Für kranke Menschen und solche mit Symptomen ist das Testen in Ordnung. Alles andere artet in einen Impfzwang aus. Wollen wir weiter eine Zweiklassengesellschaft fördern? Die Toleranz ist leider verloren gegangen.

Susanne Wenzler, 3033 Wohlen

Spenden in WIR

Sie können Spenden an BernAktuell auch in WIR tätigen.

Spenden in WIR bitte BA an BernAktuell, Postfach 3150, 3001 Bern

BernAktuell dankt herzlich für Ihre Unterstützung.

Berner lieben Lübeck!

Seit dem 1. Juli 2021 verbindet Lübeck Air in Zusammenarbeit mit FlyBair Bern mit Lübeck und Stuttgart. Grund genug für einen Abstecher in den Norden Deutschlands!

Von Roger Lehmann (Text)
und Jean-Hugues Lüthi (Fotos)

Kurz nach 8 Uhr verlassen wir unser Haus, um 10 Uhr sitzen wir bereits im Flieger. Zehn Minuten später starten wir ab Bern Richtung Norddeutschland. Der Erstflug mit der ATR-72-500 der Lübeck Air begeistert: Freundliche Crew, saubere Kabine, toller Abstand zwischen den Sitzreihen (nur 60 anstatt 72 Sitze), feine Verpflegung (ganz ohne Plastik) – in der Lübeck Air steckt viel Liebe zum Detail! Auch der Flughafen Lübeck lässt keine Wünsche offen: Alles ist topmodern und blitzblank sauber. So macht Fliegen wieder richtig Spass!

Taufe der ATR-72-500 der Lübeck Air nach der ersten Landung auf dem Bern Airport.

Nach einem kurzen Transfer zum Hotel spazieren wir am Nachmittag bereits durch Lübeck. Diese schmucke Backstein-Stadt bietet Vieles:

Das Willy-Brandt-Haus, das Buddenbrooks-Haus, das Günter-Grass-Haus, 5 Kirchen, 2 Kinokomplexe, Theater, viele Museen, ... Gut gestärkt erkunden wir schliesslich gegen Abend auf einer Schiffrundfahrt die Stadt vom Wasser aus.

Am Freitag entscheiden wir uns für eine Schifffahrt auf der Trave nach Travemünde. 90 Minuten dauert die Hinfahrt mit der MS HANSA, zurück geht es später mit der fast namensgleichen MS HANSE, dem grössten Passagierschiff auf diesem Gewässer.

Fazit: Die Flugreise von Bern nach Lübeck hat restlos begeistert: Lübeck selbst bietet eine Fülle von Attraktionen und ist bestens geeignet für ein langes Wochenende von Donnerstag bis Sonntag, aber auch darüber hinaus. Zudem ist Lübeck idealer Ausgangspunkt für Badeferien an der Ostsee (20 Minuten bis Travemünde) oder auch für einen mehrtägigen Abstecher nach Hamburg (40 Minuten ab Lübeck) oder gar nach Lüneburg (eine Stunde ab Lübeck).

Wer rechnet, reist deshalb mit Lübeck Air ab Bern via Lübeck auch nach Hamburg und erspart sich damit die Bahn- oder Autofahrt nach Zürich, die damit verbundenen Kosten (SBB oder Parking) sowie die langen Warte- und Wegzeiten an den beiden Grossflughäfen Zürich und Hamburg sowie eine Menge Stress, denn: Am Bern Airport beginnen die Ferien bereits beim Check-In!

Unsere Schlafhymne

Von Dr. rer. publ. HSG Roland Burkhard, Bern

Seit 1981 ist der so genannte Schweizerpsalm die Nationalhymne der Schweiz: Ein melodisch und rhythmisch lahmes Kirchenlied, welches der Zisterziensermönch Alberich Zwyssig 1841 zu einem schwülstig-religiösen Text von Leonhard Widmer komponiert hat. Die Hymne ist zum Einschlafen langweilig, sie ist schwierig zu singen, und vom superbigotten Text kennt man bestenfalls ein paar Worte aus der ersten Strophe. Kein Wunder, dass man beim Absingen die Melodie bestenfalls irgendwie lustlos mitsummt und den Text defätistisch auf ein verschämtes Lalala reduziert.

Kein Wunder auch, dass unsere Fussballnati beim Absingen der Hymne mitunter stehend einschläft und kaum mitsingt. Da vermag ich unseren vielen Spielern mit ausländischen Wurzeln nicht mal grosse Vorwürfe zu machen.

Bis zur Einführung des Schweizerpsalms war «Rufst du mein Vaterland» unsere zumindest melodisch-rhythmisch weitaus attraktivere Nationalhymne. Den von Johann Rudolf Wyss 1811 verfassten Text sang man zur britischen Königshymne (God save the Queen). Die Melodie war bei weitem nicht nur britisch, sondern weit verbreitet, und deren Ursprünge sind glaube ich nicht mal so kristallklar britisch. Dennoch hat man sie in der Schweiz abgeschafft und hat eben 1961 (versuchsweise) und ab 1981 (definitiv) Zwyssigs Messelied zur Nationalhymne erkoren.

Unsere auf Kniefall ausgerichtete Hymne ist im Vergleich zu solchen anderer Nationen erbärmlich. Da höre man sich doch beispielsweise jene von Frankreich (la Marseillaise) oder Italiens (Fratelli d'Italia) an, die melodisch und rhythmisch absolut überzeugen und beim Absingen ein knochentiefes Gefühl von Selbstbewusstsein und Stolz hervorrufen. Missfallen tut mir allerdings in beiden Fällen der historisch gegebene, stark martialische Text. Am allerbesten gefallen tut mir die spanische Hymne, die Marcha Real. Was für ein Power steckt in dieser Musik! Zudem hat sie noch den grossen Vorteil, dass sie völlig ohne Text auskommt.

So richtig gefallen hat unser Schweizerpsalm eigentlich von Beginn weg niemandem so recht. So erstaunt es denn nicht, dass die verschiedenen Änderungsvorschläge fast so alt sind wie die Hymne selbst.

So bin ich denn dezidiert dafür, dass man einen neuen Anlauf unternimmt, um unser melodisch wie textlich erbärmliches Schlaflied durch eine musikalischere und viel rhythmischere Hymne abzulösen. Am besten geeignet schiene mir ein Marsch, der in die Knochen fährt, ohne Text, so dass man sie nicht mal mitsingen müsste. Wie wär's mit dem General-Guisan-Marsch (wenn man denn schon etwas Patriotisches wünschte à la «Rufst du mein Vaterland»). Oder dann den pompösen «Berner Marsch» (das könnte sinnbildlich auch dafür stehen, dass uns Bern ohnehin mehr und mehr den Marsch bläst…).

Im Extremfall gefiele mir sogar Beethovens Europa-Hymne (Ode an die Freude) besser als unsere gegenwärtige, aber die wäre wohl nur dann einzuführen, wenn die konkursite EU beschlösse, der Schweiz als zusätzlicher Kanton beizutreten, und nicht umgekehrt.

Verstehen Sie mich bitte trotz dieses humoristischen Abschlusses nicht falsch. Mir ist es todernst. Unsere Nationalhymne gehört dringend durch etwas Besseres abgelöst, je früher desto besser. Sollte jemand aus unserer Leserschaft während des Sommers eine gute Idee dafür haben, dann bitte ich um Zusendung des Vorschlags oder schon nur um eine Meinungsäusserung zu dieser kontroversen Frage an die Redaktion.

Cannabis-Freigabe: Ein politischer Irrweg!

Aus Info-Bulletin «Eltern gegen Drogen» – Nr. 1 / März 2021

Alexander Taube, Chefarzt der Psychosomatik der Max Grundig Klinik sagt: «Mich hat die Diskussion über Cannabis schockiert. Selten wurden in der Rechtsgeschichte Gesetze erlassen, die derart im Widerspruch stehen zu evidenzbasierten Erkenntnissen der medizinischen Forschung.» Taube bezieht sich dabei auf die Freigabe von Cannabis in mehreren Bundesstaaten der USA und im Oktober 2018 in Kanada. Inzwischen entstehen milliardenschwere Unternehmen mit einem Kerngeschäft rund um Cannabis. Auch in Deutschland und in der Schweiz werden politische Stimmen lauter, die den Verkauf von Cannabis in beschränktem Rahmen erlauben wollen. Der Psychiater und Psychotherapeut Taube warnt: «Dem internationalen Trend zu folgen, wäre ein fataler politischer Irrweg.»

Taube weist in diesem Zusammenhang insbesondere auf eine aufwändige Studie hin. Das Bundesministerium für Gesundheit hat die sogenannte CaPRis Studie (Cannabis Potenzial und Risiken) in Auftrag gegeben. Diese wurde nach zwei Jahren Arbeit vor gut einem Jahr veröffentlicht. Für diese Untersuchung wurden 2100 Publikationen aus fünf internationalen Datenbanken zum Thema Cannabinoide, Cannabiskonsum, Cannabis, Arzneimittel und verwandte Themen von Experten analysiert. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter versicherten an Eidesstatt, ihre Motivation sei normative Wissenschaft und keine Verfolgung partikularer Interessen.

Zusammengefasst kommt die Studie zu folgenden Ergebnissen: Auch zu den vermeintlich klassischen Indikationen «chronische Schmerzen» und «Spastizität bei neurodegenerativer Erkrankung» (eine krampfartige Erhöhung der Muskelspannung als Ausdruck einer Nervenerkrankung) war keine signifikante (positive) Wirksamkeit von Cannabis erkennbar. Bei psychischen Erkrankungen ist die Datenlage so unzureichend, dass keine verlässlichen Aussagen getroffen werden können. Ein therapeutischer Nutzen von pflanzlichen, synthetischen sowie teilsynthetischen Cannabinoiden wurde nur mit der Indikation «Übelkeit und Erbrechen bzw. Appetit-Stimulation» bei Menschen unter chemotherapeutischer Behandlung von Krebserkrankungen und HIV / AIDS nachgewiesen. Längst hinlänglich bekannt sind die – zum Glück überwiegend reversiblen – unerwünschten Wirkungen von Cannabinoiden. Katastrophal hingegen sind die gefürchteten Nebenwirkungen einer durch Cannabis-Konsum ausgelösten Schizophrenie. Alexander Taube von der Max Grundig Klinik sagt: «Vor dem Hintergrund dieser Fakten ist jede Form einer Legalisierung Unfug und zum Schaden von Menschen.» Auch die Erfahrungen in langer praktischer Tätigkeit widersprechen der Lockerung der Gesetze. Alexander Taube erinnert an die Behandlung eines jungen, viel versprechenden und begabten Mannes, der durch Cannabiskonsum schizophren wurde. Eine Remission gelang nicht. Statt der geplanten akademischen Karriere wurde der Patient ein Behandlungsfall für den sozialpsychiatrischen Dienst – für den Rest seines Lebens. Und das ist kein Einzelfall.

Fazit: Es gibt nach wissenschaftlichem Kenntnisstand keine Erkrankung, auf die Cannabinoide irgendeinen positiven Effekt haben, hingegen ist der schädliche Aspekt gut dokumentiert: Rund 10 Prozent der Menschen, die jemals in ihrem Leben in welcher Form auch immer Cannabis konsumiert haben, entwickeln cannabisbezogene Störungen. In Europa ist die Zahl der Personen, die erstmals eine Suchtbehandlung wegen cannabisassoziierter Probleme beginnen, von 43'000 im Jahr 2006 auf 76'000 im Jahr 2015 angestiegen. Chronisch erhöht ist auch das Risiko für respiratorische Erkrankungen. Cannabiskonsum erhöht das Verkehrsunfallrisiko bis zu einem Faktor von 2,6. Früher Cannabiskonsum ist mit geringeren Bildungserfolgen assoziiert, mit affektiven Störungen, psychotischen Störungen und Angststörungen. Die Suizidalität erhöht sich um Faktoren zwischen 1,5 und 3. Alexander Taube abschliessend: «Es ist verständlich, dass politische und gesellschaftliche Debatten emotional geführt werden. Im Bereich der Medizin wurden in den letzten 30 Jahren jedoch erhebliche Aufwendungen betrieben, um Verfahren und Behandlungen auf wissenschaftliche Evidenz zu gründen. Für die Cannabis-Diskussion bedeutet dies, dass mit einer Freigabe sehenden Auges die Ebene der evidenzbasierten Medizin von höchster Stelle verlassen werden würde.»

Quelle: Max Grundig Klinik, Bühlerhöhe (D)

BERNAKTUELL **Mitglied werden** BERNAKTUELL

☐ **Jahresbeitrag** Fr. 48.– (inkl. Zeitung) ☐ **Gönner/Sympathisant** (Beitragshöhe frei)

Name: Vorname:

Strasse:

PLZ: Ort:

Bitte einsenden an: BERNAKTUELL, Postfach 8631, 3001 Bern / Fax 031 981 39 82 / redaktion@bernaktuell.ch